

# ZIELVEREINBARUNG

zwischen dem  
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und  
Jugend (BMFSFJ) und der  
Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien  
(BPjM)

## Ausgangslage

Gesellschaft findet in einer zunehmend digitalen und vernetzten Welt statt. Insbesondere die Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen sind durch die aktuellen Medienentwicklungen einem starken Wandel unterworfen. Spätestens der Einzug des Web 2.0 führte zu einem Paradigmenwechsel und nicht zuletzt zu einer neuen Qualität von Risiken.

Phänomene wie Cybermobbing, Grooming und Hate-Speech, aber auch Big Data, digitale Informationskanäle und Social Media sowie die zukünftige Entwicklung virtueller Realitäten sind der Maßstab für die aktuellen, insbesondere aber auch zukünftigen Anforderungen an einen wirkungsvollen Jugendmedienschutz.

Die besonderen Anforderungen liegen im Spannungsfeld zwischen Schutz von Kindern und Jugendlichen durch Abschirmen vor diesen Risiken und der Ermöglichung von Teilhabe durch Befähigung.

Jugendmedienschutz in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft kann Kindern und Jugendlichen keine abschließende Sicherheit geben. Jugendmedienschutz kann jedoch gleichwohl verantwortungsvoll und damit zukunftsfähig gestaltet werden, indem eine zielgruppenorientierte Gesamtstrategie zugrunde gelegt wird, die entsprechend der Vielschichtigkeit der Risiken und Gefährdungslagen ein ebenso vielschichtiges intelligentes Risikomanagement garantiert. Dies erfordert die Bündelung bewährter, wie auch neu zu entwickelnder Lösungsansätze, die notwendigerweise regulatorische, technische und pädagogische Instrumente vorsehen. Dies wiederum kann nur unter Berücksichtigung der jeweiligen Zuständigkeit durch eine konzertierte Aktion aller relevanten Akteure gewährleistet werden.

Im Rahmen des Projekts zur Fortentwicklung der BPjM erfolgte eine gemeinsame Strategie- und Programmplanung, die sowohl die jugendpolitischen Ziele des BMFSFJ als auch die im Rahmen einer zukunftsfähigen Ausrichtung der BPjM erforderliche fachliche Erweiterung in der Umsetzung des bestehenden gesetzlichen Auftrags der BPjM beinhaltet. Die gemeinsame Planung sieht strategische Ziele und Maßnahmen für einen mittelfristigen Planungszeitraum vor und wird kontinuierlich fortgeschrieben. Die Strategie- und Programmplanung wird eng mit der Ressourcenplanung für die nächsten Haushaltsverfahren verknüpft und setzt Prioritäten im Arbeitsprogramm der BPjM.

Zur Umsetzung dieser Strategie- und Programmplanung wird folgende **Zielvereinbarung** zwischen dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien getroffen:

### Ziele des Fachbereichs „Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendmedienschutzes, Prävention, Öffentlichkeitsarbeit“

2

- Förderung einer **gemeinsamen Verantwortungsübernahme** von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.
- Aufbau von **Vernetzungsstrukturen**, die die gemeinsame Verantwortungsübernahme operativ ermöglichen.
- Etablierung einer **Gesamtstrategie für ein intelligentes Risikomanagements**, insbesondere
  - **Information und Beratung** zu jugendgefährdenden Inhalten und Phänomenen,
  - **Orientierungshilfe** für Kinder und Jugendliche, Erziehende und medienpädagogisch Tätige,
  - **Weiterentwicklung des technischen Jugendmedienschutzes**,
  - **Anbietervorsorge**.

### Maßnahmen im Planungszeitraum

Vorbehaltlich verfügbarer Personalressourcen und Haushaltsmittel werden nachfolgende Maßnahmen im Planungszeitraum prioritär umgesetzt:

#### Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendmedienschutzes

- Koordination eines **jugendpolitischen Strategieprozesses** mit Akteuren des Kinder- und Jugendschutzes (insb. BMFSFJ, OLJB, Selbstkontrollen, KJM, jugendschutz.net) zur **Erarbeitung einer Gesamtstrategie für ein intelligentes Risikomanagement**,
- **Abschluss eines Memorandums of Understanding** zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur gemeinsamen Umsetzung der Gesamtstrategie für ein intelligentes Risikomanagement,
- Einrichtung und Verstetigung von **Expertenkreisen** zur **Umsetzung der in der Gesamtstrategie identifizierten aktuellen Schwerpunktthemen**, insbesondere
  - **Orientierungshilfen** für Eltern und Kinder, welche Angebote Kinderinteressen berücksichtigen (Alterskennzeichen, Gütezeichen, Mindeststandards für sichere Angebote)

- Weiterentwicklung des technischen Jugendmedienschutzes (insb. BPjM-Modul, Hashwert-Datenbank),
- Maßnahmen der Anbieterverantwortung (u.a. Beschwerdesysteme, Nutzungsrichtlinien, Sicherheitseinstellungen, Hilfebereich).

### Prävention

- **Nutzbarmachung** der Erkenntnisse und wissenschaftlichen Grundlagen der Spruchpraxis der BPjM für die **Präventionsarbeit**
- Förderung von positivem Kinderschutz – sichere Angebote für Kinder (spätestens ab 01.01.19)

### Öffentlichkeitsarbeit

- **Konzeptionelle Neuausrichtung** der behördeneigenen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Entwicklung von Formaten zur **Einspeisung der Spruchpraxis der BPjM in den öffentlichen Diskurs**
- **Aufbau von Informations-, Beratungs- und Verweisungsstrukturen**

**Der Strategie- und Programmplanungsprozess ist kontinuierlich zu überprüfen, gegebenenfalls anzupassen und weiter umzusetzen.**

Berlin, den 18. Juli 2017



Dr. Katarina Barley

Bundesministerin für

Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Martina Hannak-Meinke

Vorsitzende der

Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien